

IN DIESER AUSGABE

- Man kooperiert nicht mit Rechtsradikalen – niemals und nirgendwo!
- Die CDU hat der Akzeptanz für Windenergie schwer geschadet!
- Diskriminierungen sind leider immer noch Alltag!
- Sozialpartnerschaft ist keine Einbahnstraße!
- Herzlichen Glückwunsch an Peter Tschentscher und die Hamburger SPD!

Thüringer Regierungskrise:

Man kooperiert nicht mit Rechtsradikalen – niemals und nirgendwo!

Die zweite Sitzungswoche in diesem Jahr begann mit einer von den demokratischen Fraktionen gemeinsam beantragten aktuellen Stunde zu den Vorfällen in Thüringen. Für die SPD-Fraktion bestärkte ihr Vorsitzender Ralf Stegner noch einmal die Haltung der Sozialdemokratie und zeigte klare Kante gegen Rechts:

„Zwei Dinge sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten glasklar: 1. Man kooperiert nicht mit Rechtsradikalen – niemals und nirgendwo. 2. Bei allem notwendigen Wettstreit zwischen unseren demokratischen Parteien eint uns die entschiedene Ablehnung der Demokratiefeinde von rechts. Der Konsens der Demokratinnen und Demokraten muss stärker sein als der kurzfristige parteipolitische Gewinn beim Kampf um Machterwerb oder Machterhalt. Was in Thüringen geschah, war ein Dambruch. Es war kein Zufall, sondern eiskalte Planung der Rechtsradikalen mit konservativen und liberalen Statisten. Das darf sich auf keinen Fall wiederholen! Noch älter als unsere deutsche Demokratie ist der Irrglaube, man könne nationalistisches, völkisches, rassistisches oder faschistisches Gedankengut einhegen, indem man Rechte einbindet. Das hat noch nie funktioniert und wird es auch nie! Wenn man in Kauf nimmt, dass man eine Mehrheit für die eigene Politik nur mit Stimmen der AfD bekommen kann und dann diesen Weg trotzdem geht, stürzt die Brandmauer ein. Solche Manöver verwischen die Linie, die uns zu trennen hat und leiten über zu einem wachsenden Einfluss rechtsextremer und faschistischer Kräfte, die aus solchen Hilfsdiensten Einfluss und Ansprüche ableiten.“



„Der beste Umgang mit Rechtsextremen ist, sie aus den Parlamenten wieder raus zu wählen. Das muss für 2022 auch unser Ziel in Schleswig-Holstein sein!“

Bei aller Kritik insbesondere am Verhalten von den Liberalen in Thüringen und auch an einer Reihe von schwer erträglichen Äußerungen nach der Wahl von Herrn Kemmerich muss aber eins klar sein: die FDP ist nicht gleichzusetzen mit der AfD! Wer das tut, erweist unserer Demokratie einen Bärendienst.

Was uns Demokraten noch grundsätzlich von den rechten Hetzern unterscheidet ist, dass wir jedwede Gewalt ablehnen – egal von wem sie ausgeht, egal gegen wen sie sich gerichtet ist, egal wie sie begründet wird. Das ist bei den Rechtsradikalen anders. Sie tragen mit ihren Hetzreden direkte Verantwortung dafür, dass die Gefahr in Deutschland wieder von rechts kommt. Es ist eine gute Nachricht, dass der Verfassungsschutz in der vergangenen Woche angekündigt hat, zumindest die führenden Vertreter des sogenannten Flügels unter verschärfte Beobachtung zu stellen. Und ich sage: diese gesamte Partei ist ein Fall für den Verfassungsschutz – auch hier bei uns! Der beste Umgang mit Rechtsextremen ist, sie aus den Parlamenten wieder raus zu wählen. Das muss für 2022 auch unser Ziel in Schleswig-Holstein sein!“

Hier geht's zur Rede von Ralf Stegner:

<https://www.youtube.com/watch?v=FE0BnLyvz9c>

Bürgerwindgeld:

Die CDU hat der Akzeptanz für Windenergie schwer geschadet!

Auf Grund des Versagens der Jamaikaner im Windkraftausbau plädierte die SPD-Fraktion in einem Antrag dafür, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich direkt an der Windenergiegewinnung vor Ort zu beteiligen (Drs. 19/1989). Zum Bürgerwindgeld erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Hölck:

Wir sehen eine Möglichkeit darin, die Menschen da, wo Windenergie erzeugt wird, finanziell zu belohnen. Das ist aus unserer Sicht ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende. Dabei geht es nicht darum, die Zustimmung der Bürger für die Windenergie zu erkaufen. Windenergie ist nichts Verwerfliches. Es geht um Verteilungsgerechtigkeit! Die Menschen wollen an den Gewinnen der Investoren teilhaben. Das will die SPD Fraktion verbindlich ermöglichen. Dabei stehen für uns die Kommunen im Vordergrund. Wir bevorzugen Modelle, bei denen die Kommunen – also die Allgemeinheit – verpflichtend an den Gewinnen der Investoren beteiligt werden. Allein die Beteiligung einzelner Bürger ist zwar weit verbreitet und auch nicht verkehrt, führt aber wieder zu Ungerechtigkeiten. Denn Menschen mit geringerem Einkommen können meist nicht investieren und werden damit wieder benachteiligt. Gleichzeitig können wir uns im Außenbereich eine direkte Entlastung der Bewohner durch ein Bürgerwindgeld vorstellen. Das kann in Form der Stundung der Stromsteuer oder durch eine Sonderabgabe durch die Windparkbetreiber geschehen. Eine erfolgreiche Energiewende ohne die Akzeptanz der kommunalen Ebene kann nicht gelingen. Das sollte allen bewusst sein.



„Es geht um Verteilungsgerechtigkeit!“

Neben der Umweltverträglichkeit, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit ist die Akzeptanz nämlich die vierte zentrale Säule der Energiewende. Grundlegender Irrglaube ist doch aber, hier allein auf pauschale Abstandsregelungen zu setzen.

Hier geht s zur Rede von Thomas Hölck:

<https://www.youtube.com/watch?v=GDAVZuW749M>

Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle:

Diskriminierungen sind leider immer noch Alltag!

Der Jahresbericht 2017/18 der Antidiskriminierungsstelle warf ein Schlaglicht auf Fälle systematischer Alltagsdiskriminierung, die sprachlos machen. Den unbedingten Willen der SPD-Fraktion, gegen diese Ungerechtigkeiten vorzugehen, brachte Serpil Midyatli in ihrer Rede auf den Punkt:

„Samiah El Samadoni und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Antidiskriminierungsstelle leisten eine enorm wichtige Arbeit. Ob Vorurteile gegenüber Homosexuellen, Diskriminierungen von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft zum Beispiel beim Einlass in eine Diskothek oder die Benachteiligung von Menschen mit einer Behinderung am Arbeitsmarkt, ob Mobbing, Rufmord oder Anfeindungen – Diskriminierungen sind leider immer noch Alltag. Diese traurige Gewissheit muss uns alle auffordern, die Menschen unseres Landes zu ermutigen, die ihnen zustehenden Rechte einzufordern und diesem Thema auch politisch mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Das ist umso wichtiger vor dem Hintergrund, dass wir es mit der AfD – selbst in Parlamenten – wieder mit einer Politik zu tun haben, die offen ausgrenzt. Wir müssen aber auch mit den Unternehmen in unserem Land einen Weg finden, dass auch sie ihren Beitrag für einen diskriminierungsfreien Alltag leisten können. Es ist gut, wenn Diskriminierungen früh erkannt und beseitigt werden. Noch besser ist es allerdings, wenn sie erst gar nicht entstehen. Aufklärung und Prävention sind hierfür unverzichtbar. Der Bericht bestätigt die Politik der SPD im Kampf gegen Homophobie, Gewalt und Rassismus. Diskriminierung kennt keine Grenzen, deshalb müssen auch unsere politischen Anstrengungen gegen Diskriminierung grenzenlos sein. Die Anregungen, die Samiah El Samadoni als Leiterin der Antidiskriminierungsstelle macht, nehmen wir sehr ernst. Dazu gehört auch eine Debatte über ein Landesantidiskriminierungsgesetz für Schleswig-Holstein. Es war notwendig und sinnvoll, dass die Küstenkoalition die Antidiskriminierungsstelle im Jahr 2013 eingerichtet hat. Sie ist ein Erfolg und dafür bedanken wir uns bei allen, die sie dabei unterstützen.“



Hier findest du die Rede von Serpil Midyatli:

<https://www.youtube.com/watch?v=MWneg-cGocU>

Tarifbindung:

Sozialpartnerschaft ist keine Einbahnstraße!

Im Kampf um faire Arbeitsbedingungen hat die Fraktion in einem Antrag eine höhere Tarifbindung gefordert (Drs. 19/1978). Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion, Wolfgang Baasch, wandte sich mit deutlichen Worten an die Regierung:

„Die Tarifbindung muss in Schleswig-Holstein und deutschlandweit wieder gestärkt werden. Die Tarifbindung ist bei uns wie in ganz Deutschland seit Jahren rückläufig und hat leider in der sozialen Marktwirtschaft an Bedeutung verloren. Für die Beschäftigten bedeutet das handfeste Nachteile: Sie verdienen in der Regel weniger, wenn die Arbeitgeber aus den Tarifverträgen aussteigen. Nicht nur beim Verdienst spüren die Beschäftigten die Nachteile der fehlenden Tarifbindung. Auch bei der Arbeitszeit sind sie benachteiligt: Die Beschäftigten arbeiten deutlich länger als ihre Kollegen mit Tarifbindung. Sie haben im Schnitt weniger Urlaub und bekommen auch kein tarifvertraglich festgelegtes Urlaubsgeld. Das wirkt sich umso verheerender in Schleswig-Holstein aus, denn unser Land ist nach wie vor der Lohnkeller unter den westdeutschen Bundesländern. Hier sind aktuell nur noch knapp über 50 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit tarifvertraglichen Bindungen. Immer mehr Arbeitgeber stellen sich aus der Verantwortung, Tarifverträge mit der Arbeitnehmerseite abzuschließen. Die Sozialpartnerschaft ist aber keine Einbahnstraße. Tarifverträge sichern den sozialen Frieden und sorgen für gute Arbeit. Sie sind ein hohes Gut in unserer sozialen Gesellschaft. Deshalb gehört eine hohe Tarifbindung und damit wieder eine stärkere Sozialpartnerschaft zu den vordringlichen Aufgaben einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik. Unser Ziel ist es, dass Arbeit unbefristet, sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt wird. Das muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein wieder zum Normalfall werden!“

Hier findest du die Rede von Wolfgang Baasch:

https://www.youtube.com/watch?v=Ryuq1n_nVDY

Bürgerschaftswahl in Hamburg:

Herzlichen Glückwunsch an Peter Tschentscher und die Hamburger SPD!

Zum klaren Sieg der Hamburger SPD bei der Bürgerschaftswahl am vergangenen Wochenende gratuliert der Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner:

„Bei den Bürgerschaftswahlen hat die SPD in schwierigen Zeiten ein bärenstarkes Ergebnis erzielt. Man sieht daran: Es gibt Mehrheiten für eine progressive und soziale Politik, wie auch das Ergebnis von starken Grünen, Zuwächsen für die Linkspartei und extrem schwachen Konservativen und Liberalen zeigt. Wir wünschen Peter Tschentscher und der Hamburger SPD alles Gute und viel Erfolg für die kommende Legislaturperiode!“